

Wulff: 23. Mai soll staatlicher Feiertag werden

75. Geburtstag des Grundgesetzes: Altbundespräsident regt an, für einen Verfassungstag den 3. Oktober zu streichen

Von Simon Benne

Es klang wie ein Bekenntnis zur Freiheit und zum selbst bestimmten Denken: Mit einer ebenso feierlichen wie modernen Version von „Die Gedanken sind frei“ eröffnete der Juventis Jugendchor Celle das Hanns-Lilje-Forum in der Neustädter Kirche. Der Chorgesang sei „ein Beleg dafür, dass Einheit in Vielfalt geht, wenn sich alle an Regeln halten“, lobte Altbundespräsident Christian Wulff. Damit war er schon beim Thema des Abends. Vor mehr als 200 Menschen hielt Wulff ein leidenschaftliches Plädoyer für die Demokratie – und sprach sich dafür aus, das vor 75 Jahren verabschiedete Grundgesetz stärker zu würdigen.

„In meinen Augen sollte der 23. Mai ein staatlicher Feiertag sein“, sagte Wulff. „Dieses Grundgesetz ist die Grundlage dafür, dass es uns allen gut geht, deshalb sollten wir den Tag angemessen feiern.“ Da er jedoch gegen eine Ausweitung von Feiertagen sei, müsse im Gegenzug womöglich auf den 3. Oktober verzichtet werden. Alternativ könnten die Bundesländer jedoch auch ihrerseits eigene Feiertage abschaffen.

Der 23. Mai als Verfassungstag

Zugleich sprach Wulff sich dafür aus, mit einem Beschluss des Bundestages das Grundgesetz in „Verfassung“ umzubenennen und den 23. Mai künftig als gesamtdeutschen Verfassungstag zu begehnen.

In seiner Rede zeichnete Wulff ein teils düsteres Bild der politischen Gegenwart. „Die Stimmung ist aggressiv aufgeladen“, sagte er angesichts gewalttätiger Angriffe auf Politikerinnen und Politiker, „es ist etwas ins Rutschen geraten.“ Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wären vermutlich erschüttert, wenn sie den Egoismus und die Verzagtheit von heute erleben müssten, sagte er.

Die Empathiefähigkeit in der Gesellschaft habe enorm abgenommen. Es werde immer schwerer, Menschen zu finden, die sich politisch engagieren. Die sozialen Medien beförderten teils Spaltungen in der Gesellschaft. „Alles ist brüchig und kann morgen vorbei sein“, mahnte Wulff angesichts der möglichen Wahlerfolge von Rechtspopulisten bei den Europawahlen im kommenden Monat.

Umso kämpferischer fiel sein Plädoyer dafür aus, das Gemeinwesen zu stärken: „Die beste Verfassung kann eine Demokratie nicht garantieren, wenn es nicht genug Demokraten gibt“, sagte Wulff. „Wir dürfen Freiheit und Demokratie nicht nur als Konsumenten genießen, sondern wir müssen selber an der Demokratie mitwirken.“

Eindringlich warnte Wulff die demokratischen Konservativen davor, sich die Rhetorik von Rechtspopulisten zu eigen zu machen. Auch in einer Diskussion mit Schülerinnen des Kaiserin-August-Viktoria-Gymnasiums Celle brach Wulff in der Neustädter Kirche eine Lanze für Toleranz und Weltoffenheit – und er plädierte dafür, bei der Feier des Grundgesetzes die Bedeutung des Christentums in der Gesellschaft stärker zu honorieren.

„Wenn ich bisher etwas vermisse, ist es die Würdigung des christlichen Einflusses auf unser Leben in Frieden und Freiheit“, sagte er. „Das Christentum war wegweisend für den schönsten Satz in deutscher Sprache“, erklärte er mit Blick auf den ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Wulff erinnerte an die Rolle der Kirchen bei der Wende in Osteuropa. „Ich glaube, dass die Kirchen auch heute das Potenzial haben, Verständigung zu schaffen“, sagte er. So sei es erwiesen, dass Kirchenmitglieder seltener als andere radikale Parteien wählen. Auch für sein Lob des Christentums bekam er in der Neustädter Kirche lang anhaltenden Applaus.

Am Sonntag, 26. Mai, beginnt um 10 Uhr in der Marktkirche ein Festgottesdienst zum Grundgesetz-Jubiläum mit Landesbischof Ralf Meister und Uni-Präsident Volker Epping.

Quellenangabe: HAZ vom 23.05.2024, Seite 14

